

**Niederschrift über die
Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 30.11.2020**

Ort: im Hölderlinsaal in der Schwabenlandhalle Fellbach, Guntram-Palm-Platz 1 in 70734 Fellbach

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende:

Landrat Dr. Sigel

Die Ausschussmitglieder:

Kreisräte/innen:

Beutel (ab 14:46 Uhr), Hundt, Jäger, Theile, (CDU)
Zerrer

Ahrens (bis 17:51 Uhr), Altenberger, Dannen- (Freie Wähler)
mann, Schölzel, Ulrich

Eusebi, Dr. Fleischer, Gothe, Schmidt (GRÜNE)

Riedel, Schäf, Wörner (SPD)

Häfele, Haußmann (bis 18:31 Uhr) (FDP-FW)

Huschka (AFD)

Wilhelm (Wilhelm/Klinghoffer)

Kreisrat Kölz

Die stv. Ausschussmitglieder:

Dr. Borkowski

(Linke/ÖDP)

Entschuldigt:

Thiel

(AFD)

Ferner:

Finanzdezernent Schäfer

Herr Hein, Leiter Dezernat 3

Herr Holzwarth, Leiter Dezernat 4

Frau Wurster, Amt für Umweltschutz (TOP 1)

Frau Fischer, Radwegekoordinatorin

Herr Straus, Leiter Straßenbauamt

Herr Rauffmann, Leiter Amt für ÖPNV

Frau Berghoff, Europabeauftragte

Herr Menzel, Geschäftsführer Energieagentur (TOP 10)

Herr Murer, Amt für Vermessung und Flurneu-
ordnung

Weitere Mitarbeiter/innen

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am 30.11.2020

Seite 2

Öffentlich

Presse

Die Schriftführerin: Frau Wilhelm

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 18:34 Uhr

§ 1Klimaaktive Kommune 2020Drucksache 2020/174

Landrat Dr. Sigel erläutert, dass für den Wettbewerb „Klimaneutralen Kommunen“ eine digitale Preisverleihung als Film stattgefunden habe und freue sich, dass das Förderprogramm „Agenda 2030 – Projekte für eine nachhaltige Entwicklung mit Bezug zum Klimaschutz“, das eine Maßnahme des „Klimaschutz zum Mitmachen“ ist, bei der Jury sehr gut angekommen sei.

Frau Wurster, Leiterin der Organisationseinheit Klimaschutz, präsentiert die Übergabe des Preises zum Klimaschutzprogramm anhand eines Films.

Landrat Dr. Sigel verweist darauf, dass aufgrund einer Sperrfrist des Bundesumweltministeriums in der zu Grunde liegenden Drucksache keine weiteren Angaben gemacht werden konnten.

Frau Wurster erläutert anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist, in welche Projekte die 25.000 Euro Preisgeld investiert werden.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass im nächsten Jahr hoffentlich noch mehr Anträge für das Förderprogramm „Agenda 2030 – Projekte für eine nachhaltige Entwicklung mit Bezug zum Klimaschutz“ eingehen und durch den Preis noch mehr Personen und Vereine animiert werden können, aktiv beim Klimaschutz mitzuwirken.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur „Klimaaktiven Kommune“ zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Amt für Umweltschutz

§ 2K1914 - Ausbau Winnenden-Baach - Bürg; Information zur AusschreibungDrucksache 2020/170

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksache.

Herr Straus, Leiter des Straßenbauamts, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass man vor Jahren bereits über diese Straße gesprochen habe und es eine gute Sache sei, mithilfe von Landesgeldern Sanierungen von Kreisstraßen finanziell umsetzen zu können. Er betont, dass es darüber hinaus ein wichtiges Signal war, die Mittel für Straßenbau in der Vergangenheit verdoppelt zu haben.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum aktuellen Projektstand und Ausschreibung der Bauleistungen für den geplanten Ausbau der K 1914 zwischen Winnenden-Baach und Bürg zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Straßenbauamt

§ 3Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2021Drucksache 2020/030

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Herr Schäfer, Leiter des Dezernat 1, erläutert die Drucksachen anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Riedel führt aus, dass seine Fraktion bereit ist, den gestellten Antrag (Drucksache 2020/1-12) zu modifizieren. Man verfolge das Ziel, in einem ersten Schritt die Zielgruppen Schüler, Auszubildende und Senioren hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen zu betrachten und eine Vorlage der Verwaltung abzuwarten. Er merkt an, dass für die Abgabe der Führerscheinerlaubnis und im Gegenzug der Vergabe eines VVS-Abonnement (Drucksache 2020/1-29) die SPD-Fraktion bislang nicht überzeugt ist. Zudem führt er an (Drucksache 2020/1-27), dass insbesondere im ländlichen Raum ein Auto notwendig ist. Die SPD-Fraktion fordert deshalb, dass ein Bericht von der Verwaltung erarbeitet werde, in dem potentielle Zielgruppen und mögliche Kosten gegenübergestellt werden. Landrat Dr. Sigel entgegnet, dass die Verwaltung eine solche Vorlage vorbereiten wird, dass jedoch aus einem Antrag im vorigen Jahr hervorgegangen sei, dass ein 365€-Ticket zügig sehr teuer sei.

Kreisrat Ulrich erläutert, dass die Fraktion Freie Wähler den modifizierten Antrag noch beraten müsse, den ursprünglichen Antrag jedoch unterstützt. Als sehr vernünftig sieht er den Antrag der Drucksache 2020/1-29, da eine Tarifreform beschlossen wurde und durch den Antrag sehr versiert Probleme gelöst werden könnten.

Kreisrat Dr. Borkowski zieht einen Vergleich zum Antrag seiner Zählgemeinschaft (Drucksache 2020/1-27) und zweifelt, ob Zielgruppen grundsätzlich festgelegt werden sollen oder ob alternativ an die Vernunft der Bürger appelliert werden kann. Durch eine Deckelung der Ausgaben kann von Beginn an gelenkt werden, dass Kosten nicht ins Unermessliche steigen. Klimaschutz im Rems-Murr-Kreis hätte eine ruhmreiche Vergangenheit, jedoch wurde bis in die Gegenwart der Großteil intern

angegangen. Er bittet darum, außerhalb des Landratsamt offensiver im Klimaschutz zu werden. Landrat Dr. Sigel versichert, dass der Kreisverwaltung die Luft in Sachen Klimaschutz nicht ausgegangen sei und verweist auf den hohen Millionenbetrag, der bereits ausgegeben wurde.

Kreisrat Haußmann spricht für die FDP, wenn er sagt, dass die Bemühungen des Landratsamts sichtbar seien. Eine Problematik konnte er nach einem Gespräch mit der Stadt Wien ausmachen. Er bittet darum, aus dem Antrag „365€-Ticket“ zu streichen, damit nachträglich die Möglichkeit bestehe, den Preis anzupassen und geht davon aus, dass bei der Erarbeitung eine Abstimmung mit dem VVS erfolgt.

Kreisrat Jäger wundert sich, dass man trotz den aktuellen Kosten Haushaltsanträge mit finanziellen Auswirkungen stelle, die CDU habe hiervon bewusst Abstand genommen. Zum Senioren-Ticket ergänzt er, dass die innerörtlichen Anbindungen im ländlichen Raum in Blick genommen werden müssten, da häufig der Anschluss zum ÖPNV nicht vorhanden sind. Er spricht sich gegen den Antrag von Kreisrat Haußmann aus, ist jedoch offen für Verhandlungen mit dem VVS.

Kreisrätin Dr. Fleischer stellt fest, dass der Betrag von 365 Euro ein politisches Symbol sei und Ausstrahlungskraft haben solle. Damit soll der VVS für alle Altersklassen interessanter werden. Unabhängig vom Preis, unterstütze ihre Fraktion den Antrag und bittet ebenfalls die Verwaltung, ein Konzept vorzubereiten. Probleme sieht sie hingegen bei der Abwrackprämie (Drucksache 2020/1-27). Solange Autos den gesetzlichen Regelungen entsprechend nutzbar sind, sei es nicht sinnvoll, diese abzuwracken. Abgesehen von dem Abwracken von alten, nicht mehr nutzbaren Geräten widerspreche das Abwracken von noch nutzbaren Autos ihrem Verständnis von Klimaschutz. Sie ergänzt, dass der Führerschein zu den Grundbedürfnissen gehöre und der Antrag (Drucksache 2020/1-29) kontraproduktiv wäre, um die Mobilität im ländlichen Raum sicherzustellen. Dabei sollen die unterschiedlichen Verkehrsformen zusammengedacht werden. Dieser Antrag werde nicht unterstützt.

Kreisrat Riedel fasst für die SPD-Fraktion nochmals zusammen, dass der Antrag (Drucksache 2020/1-29) keine Zustimmung erhalte, ergänzt, dass ihrerseits keine finanzwirksamen Anträge sowie Berichtsanträge gestellt wurden und dass Anreize geschaffen werden sollen, um ein neues Mobilitätskonzept zu implementieren.

Kreisrat Dr. Borkowski ergänzt, dass es nicht um das Abwracken an sich gehe, sondern um eine Unterstützung der Mobilitätswende und dem damit angestrebten dauerhaften Umstieg auf den ÖPNV.

Landrat Dr. Sigel stellt fest, dass Gegenstand der Diskussionen die Zielgruppen sei. Aufgrund der aktuellen Lage sei es schwer vorstellbar, Tickets zu besonderen Konditionen einzubringen, denn durch das 365€-Ticket kommen hohe Kosten auf den Landkreis zu. Die Verwaltung werde die Zielgruppen und finanziellen Auswirkungen nebeneinanderlegen und dem Gremium nochmals vorlegen. Er schlägt vor, den Anträgen der Tagesordnung 3.1 bis 3.3. (Vorlagen: 2020/1-12, 2020/1-29 und 2020/1-27) insbesondere in Hinblick auf die Zielgruppen und deren Kosten aufzuarbeiten. Im ersten Halbjahr sollen diese Anträge nochmals in den UVA eingebracht werden.

Daraufhin spricht sich Kreisrat Riedel für einen Mobilitätskongress aus und bittet um eine Ausformulierung des Beschlusses bis zur nächsten Sitzung des Ältestenrates.

Kreisrat Huschka gibt zu bedenken, dass für die diskutierten Maßnahmen Steuergelder verwendet werden, welche die Allgemeinheit trage. Er würde eine Regelung auf Landes- oder Bundesebene begrüßen. Von der AfD-Fraktion würden alle drei diskutierten Anträge abgelehnt werden.

Antrag der SPD-Fraktion (Drucksache 2020/1-12)

Einführung eines 365 €-Tickets im VVS

Die Verwaltung wird beauftragt, im Aufsichtsrat des VVS die Einführung eines 365€-Tickets für die Region Stuttgart zu beantragen. Dieses Ticket soll eine Laufzeit von 365 Tagen ab Buchungstag haben. Das Ticket soll im Jahr 2022 starten.

Antrag der Fraktion Freie Wähler (Drucksache 2020/1-29)

Senioren-Jahresabo

Einführung eines Senioren-Jahresabos gegen eine Verzichtserklärung der Fahrerlaubnis.

Antrag der Zählgemeinschaft ÖDP/Die Linke (Drucksache 2020/1-27)

Abwrackprämie für Klimaschutz:

Der Landkreis gibt - für zwei Jahre befristet - jeder/m Kreisbürger/in, die/der dauerhaft sein Kraftfahrzeug mit Verbrennungsmotor abschafft, im angegebenen Finanzrahmen einen einmaligen Zuschuss von 500 Euro für eine ÖPNV-Jahreskarte. Auch Umstieg auf Pedelecs soll gleichwertig gefördert werden ("Denzlinger Modell").

Aufgrund der vorstehenden Diskussion fasst Landrat Dr. Sigel die Anträge zusammen und den Beschlussvorschlag entsprechend:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Umwelt- und Verkehrsausschuss im ersten Halbjahr 2021 darzustellen, wie der Landkreis den ÖPNV durch eine gezielte Vergünstigung für bestimmte Nutzergruppen (Senioren, Schüler und Auszubildende) attraktiver gestalten könnte. Es sind die finanziellen Auswirkungen eines 365-Euro-Tickets und alternativ die einer prozentualen Ermäßigung darzustellen.

§ 3.4Buslinie 330 (Fraktion Freie Wähler)Drucksache 2020/1-28

Dem Antrag der Fraktion Freie Wähler (Drucksache 2020/1-28)

Buslinie 330

Die Buslinie 330, welche zwischen Kaisersbach, Althütte, Rudersberg, Berglen und dem Rems-Murr-Klinikum Winnenden verkehrt, ist bislang auf zwei Jahre befristet. Aufgrund der Notwendigkeit sowie der starken Nutzung dieser Buslinie stellen wir den Antrag auf Entfristung und dauerhafte Beibehaltung der genannten Buslinie.

Die Bushaltestelle Berglen-Erlenhof ist in den Fahrplan zu integrieren, da dies zu steigendem Fahrgastaufkommen sowie in der Folge zu geringeren Mehraufwendungen führt.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der nächsten Ausschreibung des Linienbündels 6 (Welzheimer Wald) eine dauerhafte Integration der Linie 330 in das Fahrplanangebot anzustreben.

§ 3.5ÖPNV Welzheim (Fraktion Freie Wähler)Drucksache 2020/1-33

Dem Antrag der Fraktion Freie Wähler (Drucksache 2020/1-33)

ÖPNV Welzheim

Zur Verbesserung und zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs rund um den Bereich Welzheim/Alfdorf wird beantragt:

- 1) Die Linie 263 ab dem kommenden kleinen, spätesten jedoch großen Fahrplanwechsel wie folgt aufzuwerten:
im Zeitraum von 06.00 Uhr bis 20.00 Uhr mindestens 30 Minuten-Takt montags bis freitags, samstags, sonn- und feiertags mindestens 60 Minuten-Takt
- 2) Den Verkehrsraum Welzheim/Alfdorf kurzfristig gemeinsam mit dem VVS zu überplanen und ggf. weitere Verbesserungen zu aktivieren

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgeschlagenen Maßnahmen im Rahmen der Beschlussfassung zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans im Umwelt- und Verkehrsausschuss 2021 darzustellen.

§ 3.6

Ergänzung der Melde- und Beschwerdestelle für den ÖPNV im Kreis durch ein QR-Code System und eine Telefonhotline. Veröffentlichung auf den Haltestellen und in den Bussen des Kreises (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
Drucksache 2020/1-16

Kreisrat Dr. Borkowski sei inhaltlich mit dem Antrag Bündnis90/Die Grünen (Drucksache 2020/1-16) einverstanden. Er bittet die Verwaltung, hierzu aktive Handlungen vorzunehmen. Er ergänzt den Eindruck, dass nicht alle Anträge vom letzten Jahr abgearbeitet worden seien, hierbei erinnert er an den vorjährigen Antrag zum 365 Euro Ticket.

Landrat Dr. Sigel entgegnet, dass jedes Jahr alle Anträge anhand einer Liste abgearbeitet würden und die Anträge, sollten diese auch jedes Jahr neu eingereicht werden, neu geprüft und abgearbeitet werden. Es werde eine Aufarbeitung auf den VVS abgestimmt stattfinden und wieder eingebracht in den Umwelt- und Verkehrsausschuss eingebracht.

Dem Antrag der Bündnis90/Die Grünen (Drucksache 2020/1-16)

Ergänzung der Melde- und Beschwerdestelle für den ÖPNV im Kreis durch ein QR-Code System und eine Telefonhotline. Veröffentlichung auf den Haltestellen und in den Bussen des Kreises

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt einen Vorschlag zu erarbeiten

§ 3.7Imagekampagne für den Rems-Murr-Kreis für die Nutzung des ÖPNV (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)Drucksache 2020/1-19

Landrat Dr. Sigel bedauert, dass das Jubiläum der Wieslaufalbahn dieses Jahr leider nicht wie geplant stattfinden konnte. Er bekräftigt, dass der Wiedererkennungswert und der gemeinsame Auftrag im VVS-Verbund genutzt werden soll, damit Synergien entstehen können.

Kreisrätin Schmidt ergänzt, dass es sich im Antrag um die Unterstützung von lokalen Busunternehmen handle und insbesondere das Image der Busfahrenden verbessert werden soll. Hierbei geht es nicht um den VVS an sich, sondern um eine Bürgerbindung an die lokalen Busunternehmen. Landrat Dr. Sigel bedankt sich für die Klarstellung und nehme dies gerne auf. Dabei erinnert er auch an die Aktion „Busfahrer des Jahres“.

Kreisrat Haußmann möchte anmerken, dass eine Überlegung wäre, mit dem Versand der Kalender zu den Abholterminen der AWRM eine Kampagne zu den öffentlichen Verkehrsmitteln zu versenden. Landrat Dr. Sigel nehme dies gerne auf.

Dem Antrag der Bündnis90/Die Grünen (Drucksache 2020/1-19)

Imagekampagne für den Rems-Murr-Kreis für die Nutzung des ÖPNV

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, weiterhin alle Möglichkeiten zu nutzen, um für die Nutzung des ÖPNV im Rems-Murr-Kreis Werbung zu machen.

§ 3.8

Antrag auf Erstellung eines Konzeptes zu intermodalem bzw. multimodalem Fortbewegen im Kreis
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Drucksache 2020/3-07

Landrat Dr. Sigel merkt an, dass gerne ein Workshop für die Fortschreibung des Nahverkehrs-konzept im Frühjahr angeboten werde und die Verwaltung Impulse für die Entwicklung des Nahverkehrsplan aufnehme.

Kreisrätin Schmidt stellt klar, dass nicht alle Gemeinden an den ÖPNV angeschlossen seien und es einem Mobilitätskonzept mit Fahrrad und sinnvollen Car-Sharing-Optionen bedürfe. Intermodale Mobilität sei wichtig, um sich fortzubewegen. Sinnvoll sei eine App, welche alle Verkehrsmöglichkeiten verbindet und verweist auf ein Initiative des Landes.

Kreisrat Jäger merkt an, dass eine solche Untersuchung unterstützt werden, es jedoch Vielschichtig sei, da viele Ortsteile nicht mit dem ÖPNV erschlossen seien und damit ein Mobilitäts-konzept nicht von heute auf morgen entstehen könne. Das Auto müsse im ländlichen Raum unbedingt mitgedacht werden.

Landrat Dr. Sigel merkt an, dass die Themen verzahnt seien und deshalb in den Nahverkehrs-plan einbezogen werden müssen.

Dem Antrag der Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 2020/3-07)

Antrag auf Erstellung eines Konzeptes zu intermodalem bzw. multimodalem Fortbewegen im Kreis

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, im ersten Halbjahr 2021 für die Mitglieder des Umwelt- und Verkehrsausschusses einen Workshop zum Thema „Mobilitätskonzept“ anzubieten.

§ 3.9Sachstandsbericht über Wieslaufalbahn (Gruppe Wilhelm/Klinghoffer)Rudersberg - Oberndorf - WelzheimDrucksache 2020/3-04

Landrat Dr. Sigel weist darauf hin, dass durch die Reaktivierungsstudie des Landes Hoffnungen geweckt worden seien. Die Ergebnisse zeigen auf, dass die Wieslaufalbahn in der letzten Kategorie eingeordnete werde und eine Verlängerung bis nach Welzheim nicht realistisch sei oder vollständig durch das Landratsamt finanziert werden müsste.

Kreisrätin Wilhelm bedankt sich für den Bericht und sieht ein, dass bei 350 Personen pro Woche eine Verlängerung nicht in Frage kommt.

Der Antrag der Gruppe Wilhelm/Klinghoffer (Drucksache 2020/3-04)

Sachstandsbericht über Wieslaufalbahn

Rudersberg - Oberndorf - Welzheim

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Sachstandsbericht wird vom Umwelt- und Verkehrsausschuss zur Kenntnis genommen.

§ 3.10Prüfauftrag/Untersuchungsauftrag zum Einsatz synthetischer Kraftstoffe (CDU-Fraktion)Drucksache 2020/3-19

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass die Studie über die passenden Fahrzeuge für die Wieslaftalbahn aktuell noch läuft und noch in diesem Jahr mit einem Ergebnis gerechnet werde.

Dem Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 2020/3-19)

Prüfauftrag/Untersuchungsauftrag zum Einsatz synthetischer Kraftstoffe

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, über das Ergebnis der Konzeptstudie zu berichten.

§ 3.11Klimaschutzhandlungsprogramm 2023 ff. (CDU-Fraktion)Drucksache 2020/3-15

Landrat Dr. Sigel schlägt vor, den Antrag vorzubereiten und in einer Klausur gemeinsam aufzuarbeiten.

Kreisrat Beutel teilt die Zustimmung seiner Fraktion mit. Er ergänzt, dass geprüft werden solle, inwieweit Maßnahmen zur Klimakompensation in anderen Ländern vorgenommen werden können. Dazu verweist er auf die Klimaschutzstiftung des Landes. Landrat Dr. Sigel nimmt die Idee gerne auf und merkt an, dass globale Probleme auch nur auf globaler Ebene gelöst werden können.

Dem Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 2020/3-15)

Klimaschutzhandlungsprogramm 2023 ff.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Fortschreibung des Klimaschutz-Handlungsprogramms erneut im Rahmen einer Kreistagsklausur zur Beratung vorzubereiten.

§ 3.12Überprüfung aller Maßnahmen nach dem Klimaschutzhandlungsprogramm Nr. 443105-32 (AfD-Fraktion)Drucksache 2020/3-11

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass die Maßnahmen bereits regelmäßig überprüft und ins Gremium eingebracht werden und er den Antrag als Hinweis annehme, dies weiterzuführen.

Kreisrat Hauschka ergänzt, dass nicht nur die regelmäßige Prüfung, sondern eine Einbeziehung vom wirtschaftlichen Aspekten angestrebt werde. Landrat Dr. Sigel entgegnet, dass die Diskussion über die einzelnen Maßnahmen in der Vorbereitung des neuen Klimaschutzhandlungsprogramms diskutiert werden müssten. Er macht klar, dass transparent dargestellt werde, welche Maßnahmen Ergebnisse bringen.

Kreisrat Ulrich findet, dass nicht eine einzelne Maßnahme rausgegriffen werden soll, sondern eine Weiterentwicklung innerhalb des Konzepts verfolgt werden solle.

Kreisrätin von Grohe stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fest, dass dieser Antrag unterstützt werde und will klarstellen, dass finanzielle Mittel eingesetzt werden müssten und die Ergebnisse im Voraus nicht immer absehbar seien.

Antrag der AfD-Fraktion (Drucksache 2020/3-11)

Überprüfung aller Maßnahmen nach dem Klimaschutzhandlungsprogramm
Nr. 443105-32

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, auch weiterhin über alle Maßnahmen des Klimaschutz-
Handlungsprogramms regelmäßig im Umwelt- und Verkehrsausschuss zu berichten.

§ 3.13Die Maßnahme „Stromsparchecker“ wird eingestellt (AfD-Fraktion)Drucksache 2020/1-23

Landrat Dr. Sigel bekräftigt nochmals, dass Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzhandlungsprogramms nachgesteuert und erfolgsabhängig geprüft werden. Nachdem diese Maßnahme bewusst verbessert in das Programm aufgenommen wurde, würde die Verwaltung davon absehen, einzelne Maßnahmen vorzeitig rauszunehmen.

Kreisrat Huschka erklärt, dass die Erläuterung seitens der Verwaltung sinnvoll seien und fragt, ob die Kosten pro Check ausschließlich für die Beratung oder auch für notwendige Materialien genutzt werden.

Frau Wurster, Leiterin Organisationseinheit Klimaschutz, stellt fest, dass Hilfsmittel auch dadurch finanziert werden.

Kreisrat Riedel findet, dass aus der Erklärung der Verwaltung klar dargestellt sei, welche Mittel verwendet werden und der Abruf der Mittel noch abgewartet werden müsse. Der Antrag werde von der SPD-Fraktion abgelehnt.

Der Antrag der AfD-Fraktion (Drucksache 2020/1-23)

Die Maßnahme „Stromsparchecker“ wird eingestellt
(443105 KSM 11, S. 491)

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt mehrheitlich bei 1 Nein Stimme und 1 Enthaltung den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Antrag zur Einstellung der Klimaschutzmaßnahme „Stromsparchecker“ wird abgelehnt.

§ 3.14

Der Landkreis legt ein 1000-Dächer-Programm zur Förderung von Photovoltaikanlagen auf. (ÖDP/Die Linke)
Drucksache 2020/2-06

Landrat Dr. Sigel verweist auf die vielseitigen Beratungsprogramme der Energieagentur und stellt fest, dass aufgrund der bestehenden Fördermöglichkeiten kein kreiseigenes Förderprogramm notwendig sei.

Kreisrat Dr. Borkowski erklärt, dass mit der regenerativen Stromerzeugung im Landkreis ein Problem bestehe. Das Programm, auf welches die Verwaltung verweist sei seiner Ansicht nach unattraktiv, da die Tilgung ausschließlich verschoben werde.

Kreisrätin Dr. Fleischer stellt die Zustimmung zum Antrag dar.

Landrat Dr. Sigel zeigt auf, dass er Photovoltaik ebenfalls begrüße, die finanziellen Auswirkungen jedoch groß wären und deshalb vorerst die kreiseigenen Liegenschaften ausgestattet werden sollen.

Kreisrat Ulrich stellt fest, dass sehr viele Förderprogramme zur Verfügung stehen und deshalb der Verwaltung zugestimmt werde. Kreisrat Ahrens stimmt dem zu und ergänzt, dass viele Kommune bereits Förderprogramme aufgesetzt haben.

Der Antrag der ÖDP/Die Linke (Drucksache 2020/2-06)

Der Landkreis legt ein 1000-Dächer-Programm zur Förderung von Photovoltaikanlagen auf. Privatleute und Gewerbetreibende erhalten im Rahmen des Jahresbudgets und zeitlich befristet bis Ende 2023 pro Vorhaben

- € 1000,- Zuschuss für PV-Anlagen ab 1.500 Wp
- € 350,- Zuschuss für PV-Anlagen von 601 bis 1.499 Wp und
- € 200,- für Mini-PV-Anlagen bis 600 Wp Wechselrichterleistung.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt bei 4 Nein-Stimmen den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Antrag auf Förderung von Photovoltaikanlagen von Privatleuten und Gewerbetreibenden im Rahmen eines 1000-Dächer-Programms wird abgelehnt.

§ 3.15Photovoltaik auf Liegenschaften des Kreises (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)Drucksache 2020/3-09

Landrat Dr. Sigel stellt nochmals fest, dass Photovoltaik sinnvoll ist und aktuell ein Konzept für die Ausstattung der Liegenschaften erstellt werde.

Kreisrätin Dr. Fleischer merkt an, dass trotz Möglichkeit der Landkreis keine Photovoltaik installiert worden wäre.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass strategisch zuerst überlegt werde, wo Photovoltaik möglich wäre und dann entschieden werden müsse, wer diese installiert.

Kreisrat Riedel stellt fest, dass mit den jetzigen Ausführungen der Antrag von der SPD-Fraktion unterstützt werde.

Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 2020/3-09)

Photovoltaik auf Liegenschaften des Kreises

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, im ersten Halbjahr 2021 über die Ergebnisse der Untersuchung durch die Hochschule Esslingen zur Erreichung der Klimaneutralität des Landkreises im Umwelt- und Verkehrsausschuss zu berichten.

§ 3.16Obligatorischer Klimacheck bei Vorhaben des Kreises: (ÖDP/Die Linke)Drucksache 2020/1-26

Landrat Dr. Sigel wiederholt, dass auch in Zukunft weiterhin über die Vorhaben informiert werden soll.

Kreisrat Dr. Borkowski führt aus, dass bei allen bedeutenden Beschlüssen, ähnlich wie bei der finanziellen Stellungnahme auch eine klimabezogene Stellungnahme beigefügt und damit das Bewusstsein für alle Entscheidungen herbeigeführt werden soll.

Landrat Dr. Sigel stellt klar, dass bei großen Entscheidungen wie der Gesamtimmobilienkonzeption auf klimaschützenden Aspekte ein besonderes Augenmerk gelegt wird.

Dem Antrag der ÖDP/Die Linke (Drucksache 2020/1-26)

Obligatorischer Klimacheck bei Vorhaben des Kreises:

Alle bedeutenden Vorhaben werden stets rechtzeitig zur Ausschuss-Beratung mit einer angemessenen Umwelt- und Klimaschutz-Bewertung der Verwaltung versehen - analog zur üblichen finanziellen Bewertung. Für Prüfung und Beratung werden 1 - 2 Umwelt-fachkräfte im Organisationsrahmen des vorhandenen Umweltmanagements eingestellt.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, regelmäßig über die Auswirkungen und Berücksichtigung von bedeutenden Vorhaben auf den Umwelt- und Klimaschutz zu berichten.

§ 3.17

EMAS-Zertifizierung aller kreiseigenen Liegenschaften (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Drucksache 2020/1-20

Landrat Dr. Sigel erinnert an den diesjährigen Beschluss zur EMAS-Zertifizierung. Liegenschaften, bei welchen eine Zertifizierung sinnvoll ist, werden in die nächste Zertifizierungsrunde aufgenommen.

Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 2020/1-20)

EMAS-Zertifizierung aller kreiseigenen Liegenschaften

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine sinnvolle Ausweitung der EMAS-Zertifizierung auf weitere Liegenschaften zu prüfen und im Umwelt- und Verkehrsausschuss über die Ergebnisse zu berichten.

§ 3.18

Ausarbeitung eines Konzepts für die Neuausrichtung der Energieagentur – evtl. Zusammenführung der Klimaschutz-Handelnden auf Kreisebene (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Drucksache 2020/3-08

Landrat Dr. Sigel merkt an, dass im Jahr 2022 eine Verlängerung anstehe und im Zuge einer Organisationsuntersuchung mit der Stadt Waiblingen die Energieagentur bewertet werde.

Frau Dr. Fleischer bedankt sich und merkt an, dass es wichtig sei, über die einzelnen Gesellschaften hinaus zu denken.

Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grüne (Drucksache 2020/3-08)

Ausarbeitung eines Konzepts für die Neuausrichtung der Energieagentur – evtl. Zusammenführung der Klimaschutz-Handelnden auf Kreisebene

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit der Stadt Waiblingen die Organisationsstruktur und Betätigungsfelder der Energieagentur Rems-Murr gGmbH im Rahmen einer Organisationsuntersuchung zu überprüfen und zu bewerten.

§ 3.19Erhöhung der Mittel für Straßenunterhaltung – 5420-31 S. 210 (AfD-Fraktion)Drucksache 2020/2-04

Landrat Dr. Sigel zeigt auf, dass das Verbauen von zusätzlichen Mitteln aus dem Kreishaushalt mit den Fördermitteln nicht umsetzbar wäre.

Kreisrat Hauschka erläutert, dass das Ziel hinter dem Antrag sei, dass bestehende Straßen saniert werden sollen. Herr Straus ergänzt, dass der letzte Neubau einer Straße schon sehr lange her sei und auf der Sanierung ein Schwerpunkt liege. Herr Hein merkt an, dass es im Radwege-netz Lücken gibt und diese durch Neubau geschlossen werden müssen. Er ergänzt, dass die Planbarkeit für langfristige Projekte sehr wichtig sei.

Kreisrat Jäger fasst für die CDU-Fraktion zusammen, dass eine Erhöhung der Mittel nur stattfinden, wenn eine objektive Notwendigkeit durch den Kreisstraßenmaßnahmenplan bestehe und die Ausführung für das Straßenbauamt machbar sind. Kreisrat Riedel stellt fest, dass sich die SPD-Fraktion der Stellungnahme der Verwaltung anschließt und bittet, sich an die längerfristige Planung zu halten.

Der Antrag der AfD-Fraktion (Drucksache 2020/2-04)

Erhöhung der Mittel für Straßenunterhaltung – 5420-31 S. 210

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt mit 1 Nein Stimme den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Antrag auf Erhöhung der Mittel für Straßenunterhaltung um 500.000 Euro wird abgelehnt.

§ 3.20Kreisstraßenmaßnahmenplan 2022-2025 (CDU-Fraktion)Drucksache 2020/3-16

Dem Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 2020/3-16)

Kreisstraßenmaßnahmenplan 2022-2025 (CDU-Fraktion)

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, über die Bestandsaufnahme des laufenden Kreisstraßenmaßnahmenplans (KMP) 2018-2021 im Umwelt- und Verkehrsausschuss zu berichten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der im Jahr 2021 durchgeführten Zustandserfassung und –bewertung (ZEB) den Kreisstraßenmaßnahmenplan (KMP) für die Jahre 2022-2025 fortzuschreiben und dem Umwelt- und Verkehrsausschuss zum Beschluss vorzulegen.

§ 3.21Radweg von Kirchberg nach Backnang über Burgstetten/Burgstall (Gruppe Wilhelm/Klinghoffer)
Drucksache 2020/2-02

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass aktuell geplant und entwickelt werde, welche Möglichkeiten es für einen solchen Radweg gibt und inwieweit dieser für den Landkreis umsetzbar sei. Kreisrätin Wilhelm bestätigt, dass die Beschlussempfehlung in ihrem Sinne sei.

Dem Antrag der Gruppe Wi/Kli (Drucksache 2020/2-02)

Radweg von Kirchberg nach Backnang über Burgstetten/Burgstall

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, über das Ergebnis der Grundlagenermittlung und die Möglichkeiten einer Führung des Stromberg-Murratal-Radwegs nahe der Murr zwischen Burgstetten und Backnang im Umwelt- und Verkehrsausschuss zu berichten.

§ 3.22Berichts Antrag über Signalanlagen an der B 14 (Gruppe Wilhelm/Klinghoffer)Drucksache 2020/3-01

Landrat Dr. Sigel merkt an, dass aktuell das Optimierungspotential der Ampelanlage ausgeschöpft ist und eine Verbesserung deshalb nicht möglich sei.

Kreisrätin Wilhelm erkundigt sich, was dies mittelfristig bedeute und merkt an, dass immer auf einen Tunnel verwiesen werde, welcher jedoch noch nicht genehmigt sei. Sie bittet um eine Rückkopplung mit dem Regierungspräsidium. Landrat Dr. Sigel entgegnet, dass Herr Heim und Herr Straus mit dem Regierungspräsidium in Kontakt stehen. Herr Hein ergänzt, dass der Ausbau bis 2026 fertig sein soll und bis dahin werde es keine Verbesserung ergeben, da konkurrierende Verkehrsströme bestehen.

Dem Antrag der Gruppe Wi/Kli (Drucksache 2020/3-01)

Berichts Antrag über Signalanlagen an der B 14
Ampelanlage Backnang-Waldrems (Opti Wohnwelt)

Von der Stellungnahme der Verwaltung zum Berichts Antrag über Signalanlagen an der B14 der Gruppe Wi/Kli wird Kenntnis genommen.

§ 3.23Sachstandsbericht über die Unterhaltung und Instandhaltung der Landesstraßen im Rems-Murr-Kreis (Gruppe Wilhelm/Klinghoffer)Drucksache 2020/3-03

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass aktuell noch die Zustandserfassung des Landes laufe, sobald diese abgeschlossen seien, werde nochmals berichtet.

Kreisrätin Wilhelm äußert die Ansicht, es gebe zu wenig Landesgelder für die Sanierung von Landesstraßen. Es würde sie interessieren, wie die Zustandserfassung aussehe und welche Straßen im Rems-Murr-Kreis einbezogen werden.

Dem Antrag der Gruppe Wi/Kli (Drucksache 2020/3-03)

Sachstandsbericht über die Unterhaltung und Instandhaltung der Landesstraßen im Rems-Murr-Kreis

Der Bericht der Verwaltung zum aktuellen Stand der Zustandserfassung und –bewertung (ZEB) des Landesstraßennetzes wird zur Kenntnis genommen.

§ 3.24Bericht zum Stand der Forstreform (Gruppe Wilhelm/Klinghoffer)Drucksache 2020/3-02

Landrat Dr. Sigel merkt an, dass dieses Thema bereits in seiner Haushaltsrede angesprochen worden sei und es erste Indikationen gebe, dass es aufgrund der bisher kurzen Laufzeit für einen Bericht noch zu früh sei.

Kreisrätin Wilhelm bedankt sich für die Bearbeitung der Haushaltsanträge und merkt an, dass es wichtig sei, den Stand der Forstlandschaft im Blick zu behalten.

Antrag der Gruppe Wi/Kli (Drucksache 2020/3-02)

Bericht zum Stand der Forstreform (Gruppe Wi/Kli)

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird mit einem Bericht beauftragt.

§ 3.25Legalisierung von Mountainbike-Trails (Fraktion Freie Wähler)Drucksache 2020/1-30

Landrat Dr. Sigel berichtet, dass von Seiten des Landkreises eine Initiative gestartet wurde um Wanderer, Mountainbiker und weitere Interessensgruppen an einen Tisch zu bringen. Hier könne man Lösungen entwickeln.

Kreisrat Ulrich verdeutlicht, dass sich während der Pandemie das Freizeitverhalten der Menschen verändert habe, deshalb solle dieses Thema weiter unterstützt werden.

Kreisrätin Wörner merkt an, dass der Antrag unterstützt werden, jedoch im Wald eigentlich nicht Mountainbike gefahren werden solle. Ihr sei es wichtig zu ergänzen, dass es Konsequenzen für diejenigen geben solle, welche sich nicht an die vereinbarten Regeln halten.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Regelungen, die es für das Verhalten im Wald gebe. Er betont, dass eine gegenseitige Rücksichtnahme zentral sei.

Dem Antrag der Fraktion Freie Wähler (Drucksache 2020/1-30)

Legalisierung von Mountainbike-Trails (Fraktion Freie Wähler)

Für die Umsetzung der Initiative „Legalisierung von Mountainbike-Trails,“ werden die erforderlichen Mittel im Haushalt des Kreisforstamtes veranschlagt. Dies beinhaltet u.a. die Förderung von Mountainbike-Trails, die Erarbeitung von „Trail Rules“, „Informations-Kampagnen, Karten, Beschilderungen sowie Wegealternativen (Trennung Wanderer / Mountainbiker).

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt mit einer Enthaltung den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, 30.000 Euro im Haushaltsplan 2021 bereitzustellen.

§ 3.26

LEADER-Kulisse „Schwäbischer Wald“ (CDU-Fraktion)

Drucksache 2020/3-17

Landrat Dr. Sigel verweist auf den Tagesordnungspunkt 11.

Dem Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 2020/3-17)

LEADER-Kulisse „Schwäbischer Wald“ (CDU-Fraktion)

Von der Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag LEADER-Kulisse „Schwäbischer Wald“ der CDU-Fraktion wird Kenntnis genommen.

§ 3.27Onlineanmeldung in der KFZ-Zulassungsstelle (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)Drucksache 2020/1-21

Landrat Dr. Sigel macht auf die aktuelle Pressemitteilung mit der KfZ-Innung auf der Homepage des Landkreises aufmerksam. Er stellt fest, dass die KfZ-Stelle des Landkreises zu den wenigen Landratsämtern in der Region gehöre, welche durch die Corona-Krise keine Rückstände zugelassen habe. Es wird darauf hingewiesen, dass Termine unterschiedliche Zeitspannen bedürfen und deshalb weiterhin keine Terminvergabe eingeführt werde. Eine Ausweitung der Öffnungszeiten zwischen Weihnachten und Neujahr sei hier aktuell nicht notwendig, falls sich die Situation ändere, soll hierauf kurzfristig reagiert werden. Die Online-Terminvergabe sei deshalb bei der Zulassungsstelle aktuell nicht notwendig.

Dem Antrag der Bündnis 90/Die Grüne (Drucksache 2020/1-21)

Onlineanmeldung in der KFZ-Zulassungsstelle

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, über Möglichkeiten der Online-Terminvergabe zu berichten.

Auszüge:

- 1 Kreistagsgeschäftsstelle
- 1 Amt für ÖPNV
- 1 Amt für Zulassung und Fahrerlaubnis
- 1 Straßenbauamt

§ 4Appartements für Schülerwohnen mit Fahrradparkhaus am Beruflichen Schulzentrum in Schorndorf
Drucksache 2020/197

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und die Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Haußmann fragt nach, ob es schon eine grobe Wirtschaftlichkeitsberechnung gebe. Er bittet darum, sich mit dem Zeitungsverlag Waiblingen in Verbindung zu setzen. Von dort könne man noch gute Synergien erhalten.

Kreisrat Häfele ist geschockt, was so ein Fahrradstellplatz koste. Ohne Grund und Boden koste einer circa 13.000 bis 14.000 Euro. Wenn es 72 Stellplätze gebe, kosten dies eine Million Euro. Der Landkreis müsse nur 30 Prozent bezahlen, aber der Steuerzahler bezahle eine Million.

Kreisrat Borkowski fragt nach, ob man schon erste Takte zum Lärmschutz sagen könne. Das Gebäude liege ja direkt neben der Bahnlinie.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass das Projekt noch nicht so weit sei, um das Lärmschutzgutachten zu haben. Stellplätze seien immer teuer. Man bekomme aber Zuschüsse. Mit dem Zeitungsverlag habe man noch nicht gesprochen. Man wolle sich als die Zustimmung vom Kreistag geben lassen. Die Unterbringung der Schüler im Wohnheim sei wirtschaftlich. Bisher habe man Plätze im Wohnheim angemietet.

Kreisrat Beutel begrüßt mit der CDU-Fraktion das Vorhaben. In der Nähe des Bahnhofes seien Plätze für die Fahrräder sehr sinnvoll und würden händeringend gesucht werden. Im weiteren Verlauf solle man überlegen, ob 12 abschließbare Boxen nicht zu wenig seien, denn viele haben hochwertige Fahrräder.

Landrat Dr. Sigel führt aus, dass auch die Räder die nicht in der Box seien trotzdem sicher untergebracht seien.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Planungen zur baulichen Ausführung eines Schülerwohnheims auf dem Flurstück-Nr. 205, Gemarkung Schorndorf, mit Fahrradparkhaus am Beruflichen Schulzentrum in Schorndorf zu veranlassen bzw. mit der Kreisbaugruppe gemeinsam umsetzungsreif auszuarbeiten.

Auszüge

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Rems-Murr-Kreis-immobilien-Management GmbH

§ 5Solidarfinanzierung zwischen den VVS-VerbundlandkreisenDrucksache 2020/180

Herr Rauffmann, Amtsleiter Amt für ÖPNV, erklärt, dass für den 1. Januar 2021 beabsichtigt gewesen sei, die seit 1993 geltende pauschale und solidarische Finanzierungsaufteilung zwischen den Verbundlandkreisen durch einen leistungs- und verursachergerechteren Schlüssel zu ersetzen. Zunächst sei man davon ausgegangen, dass es dann zu größeren Änderungen bei den einzelnen Landkreisen käme. Nach Abschluss der Vergabeverfahren mit zahlreichen eigenwirtschaftlichen Verkehren habe sich herausgestellt, dass die Unterschiede nicht mehr so hoch seien. Dies könne sich jedoch in den nächsten zwei Jahren wieder ändern, wenn die Folgen der COVID-19-Pandemie bekannt seien. Nach Einschätzung des VVS werden die Fahrgastzahlen nicht vor 2023 wieder das Niveau von 2019 erreichen. Die Entwicklung der nächsten zwei Jahre solle deshalb abgewartet und die Situation im Laufe des Jahres 2023 neu bewertet werden. Es werde deshalb vorgeschlagen, dass der Solidarvertrag bis Ende 2023 verlängert werde. Dadurch würde auch künftig das finanzielle Risiko von Insolvenzen und Marktaustritten einzelner Busunternehmen solidarisch von den Landkreisen gemeinsam getragen werden, egal in welchem Landkreis Neuverkehre notwendig werden würden. Dies sei bereits bei der Insolvenz der Firma Knauss der Fall gewesen, wo die durch die Insolvenz verursachten Mehrkosten nicht allein durch den Rems-Murr-Kreis, sondern solidarisch von allen vier Verbundlandkreisen getragen worden seien.

Ohne weitere Beratung beschließt der Umwelt- und Verkehrsausschuss einstimmig:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt der Verlängerung des „Vertrags über die solidarische Finanzierung der Busverkehre der Verbundstufe II im VVS-Gebiet durch die Verbundlandkreise“ bis Dezember 2023 zu.

Auszüge:

1 Amt für ÖPNV

§ 6ÖPNV-Rettungsschirm 2021 und 2022Drucksache 2020/204

Kreisrat Dannenmann ist befangen und zieht sich von der Beratung und Beschlussfassung in den Zuhörerraum zurück.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache.

Herr Rauffmann erklärt, dass die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie seit März zu einem starken Rückgang von zeitweise bis zu 90 Prozent der Fahrgastzahlen und von durchschnittlich rund 20 % der Fahrgeldeinnahmen geführt haben. Die Einnahmeverluste im Jahr 2020 konnten durch den Rettungsschirm von Bund und Land weitgehend ausgeglichen werden und das bisherige Fahrplanangebot konnte aufrechterhalten werden. Ob Bund und/oder Land auch für das Jahr 2021 einen Rettungsschirm aufspannen, sei derzeit ungewiss. Die Landkreise müssen sich deshalb darauf vorbereiten, dass ein Rettungsschirm überhaupt nicht, nicht rechtzeitig oder nicht in ausreichender Höhe geben werde. Die Verwaltungen der vier Verbundlandkreise empfehlen dazu den Abschluss von Notverträgen für die Jahre 2021 und 2022, mit denen den Busunternehmen die coronabedingten Einnahmeausfälle ausgeglichen werden. Dies solle den finanziell angeschlagenen Busunternehmen Sicherheit bieten und teure Insolvenzen vermeiden. Dabei halte die Kreisverwaltung eine zeitweise Reduzierung des Fahrplanangebots nicht für sinnvoll, da nennenswerte Einsparungen nur bei einer Reduzierung der Leistungen in der Hauptverkehrszeit zu erzielen seien. Solche Leistungsreduzierungen werde vor allem den Hauptkundenstamm wie Berufstätige und Schülerinnen und Schüler treffen. Eine Reduzierung der Kapazitäten sei den Fahrgästen zudem unter dem Gesichtspunkt des Hygieneabstands schwer zu vermitteln. Falls es für die Jahre 2021 und 2022 weitere Hilfgelder von Bund und/oder Land gebe, werden die Verbundlandkreise vorrangig auf diese Mittel zurückgreifen. Wenn es keine, zu geringe oder verspätete Hilfsmittel gebe, würden die Landkreise jedoch eigene Mittel einsetzen. Bei einer solidarischen Finanzierung nach dem Einwohnerschlüssel könne sich das Risiko von Einnahmeausfällen für den Rems-Murr-Kreis auf geschätzte 3,95 Millionen Euro allein im Jahr 2021 belaufen.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass es ihm wichtig sei, eine entsprechende Ermächtigung zu erhalten, damit keine Eilentscheidung erfolgen müsse.

Kreisrat Borkowski fragt nach, ob jemals während der ÖPNV-Historie im Landkreis kalkuliert wurde, wie es sich kostenmäßig darstelle, einen Teil durch eigene Verkehrsbetriebe abzudecken.

Kreisrat Ulrich geht dem Beschlussvorschlag mit seiner Fraktion mit. Er erwähnt, dass laut dem Beschlussvorschlag auch ein Ausgleich der kalkulierten Fahrgaststeigerungen erfolgen solle. Mit den Mitteln hätten die Busunternehmer noch gar nicht rechnen können, trotzdem würden sie aber ausgeglichen. Der Diesel sei billiger geworden und nicht teurer, was sich negativ für die Bruttoverkehre auswirke. Daher könne man den Punkt kritisch sehen.

Landrat Dr. Sigel antwortet, dass nicht geplant oder geprüft worden sei, den ÖPNV alleine als Kreis zu betreiben. Er finde, dass die Busse bei Busunternehmern gut gelagert seien. Bei den Vergaben die Linienbündel habe man viele Linienbündel gehabt, die Eigenwirtschaftlich betrieben werden. Da gebe es keine öffentlichen Zuschüsse mehr.

Herr Rauffmann erklärt, dass die Busunternehmer mit Fahrgastzuwachs kalkuliert haben. Der Kreis habe sich bei dem Wert von 2 Prozent an der durchschnittlichen Entwicklung der letzten Jahre orientiert. Von den Unternehmern wurde ein gewisser Zuwachs angenommen und wirtschaftlich kalkuliert. Der Zuwachs sei jedoch nicht eingetreten, was an der Pandemie liege. Wenn man den Unternehmern zu wenig anbiete, sei das Angebot nicht mehr attraktiv. Man habe sich daher entschieden, den Unternehmen diese 2 Prozent auszugleichen, allerdings nur einmalig.

Kreisrat Jäger bedankt sich. Der Antrag seiner Fraktion habe genau in diese Richtung gezielt.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreistag:

1. Der Kreistag des Rems-Murr-Kreises richtet an Bund und Land den dringenden Appell, die notwendigen Mittel für die Aufrechterhaltung der ausreichenden Verkehrsbedienung im ÖPNV zur Verfügung zu stellen.
2. Der Kreistag des Rems-Murr-Kreises stimmt der Fortsetzung des ÖPNV-Rettungsschirms für die Jahre 2021 und 2022 grundsätzlich zu.
3. Den unter Ziffer II. 2 dargestellten Inhalten des Rettungsschirms, insbesondere der Berechnungsbasis des Ausgleichs (Ziffer II. 2 b), der Höhe des Ausgleichs (Ziffer II. 2 c), der Vertragslaufzeit (Ziffer II. 2 d) und des Ausgleichs kalkulierter Fahrgaststeigerungen (Ziffer II. 2 e) wird zugestimmt. Der Landrat wird ermächtigt, die notwendigen Vergaben der öffentlichen Dienstleistungsaufträge im Rahmen einer Notvergabe nach Art. 5 Abs. 5 VO (EG) Nr. 1370/2007 (Ziffer II. 2 a) durchzuführen.
4. Einer solidarischen Finanzierung der Einnahmeausfälle zwischen den Landkreisen
5. Böblingen, Esslingen, Ludwigsburg und dem Rems-Murr-Kreis wird zugestimmt.
6. Dem in Ziffer II. 4 dargestellten Vorgehen bei den Unternehmen, die den Regelvertrag nicht unterzeichnen, wird zugestimmt. Der Landrat wird ermächtigt, die notwendigen Vergaben durchzuführen.

Auszüge:

1 Amt für ÖPNV

§ 7ÖPNV-Vertrag mit der Stadt StuttgartDrucksache 2020/181

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Umwelt- und Verkehrsausschuss einstimmig

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss ermächtigt Herrn Landrat Dr. Richard Sigel, den Änderungsvertrag zur Aufnahme des Landkreises Göppingen in den ÖPNV-Vertrag mit der Landeshauptstadt Stuttgart zu unterzeichnen.

Auszüge:

1 Amt für ÖPNV

§ 8Einbringung des Entwurfs zur Fortschreibung des NahverkehrsplansDrucksache 2020/162

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksache.

Herr Knöller vom VVS erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel merkt an, dass sich viele Haushaltsanträge im Nahverkehrsplan widerspiegeln werden. Im Juli 2021 soll der endgültige Beschluss zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans gefasst werden. Heute erfolge nur die Einbringung zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans, damit mit dem Beteiligungsverfahren begonnen werden könne.

Kreisrat Jäger bringt das Thema Basisangebot mit der 400.000 Einwohner-Schwelle ein. Durch diese Schwelle sei ein Wechsel vom Auto auf den ÖPNV für Viele nicht möglich. Seine Fraktion werde hierzu noch einen entsprechenden Antrag stellen. Anstatt die Ticketpreise zu verringern solle der Ausbau im ländlichen Raum vorangetrieben und damit die Attraktivität des ÖPNV gesteigert werden.

Kreisrat Riedel merkt an, dass der Bericht über die Bushaltstellen ernüchternd sei und appelliert an die Kommunen, beim Ausbau der Bushaltestellen mitzuwirken. Er ergänzt, dass insbesondere der 15-Minuten-Takt verdichtet sowie die Abstimmungen zwischen Bussen und schienengebundenem Verkehr verbessert werden sollen, zum Beispiel durch digitale Anzeigesysteme.

Kreisrätin Wilhelm ergänzt, dass eine Angebotsausweitung zwischen Marbach und Backnang ab 20 Uhr notwendig sei, sowie die aktuelle Lage der Toiletten und die Informationsübermittel über defekte Aufzüge an den Zielbahnhöfen zwingend verbessert werden müsse.

Kreisrätin Schmidt merkt an, dass ihre Fraktion Vorschläge in Form von Anträgen einreichen werde. Ihr fehle bislang noch die Einbeziehung der Bürger. Sie macht darauf aufmerksam, dass das Zeit-

fenster für den 15-Minuten-Takt zu kurz sei. Außerdem seien nur 14% der Bahnhöfe behindertengerecht ausgebaut. Sie würde gerne wissen, inwiefern hierbei Druck ausgeübt werden könne. Sie macht außerdem auf die Ausweitung der Umsteigezeiten für Behinderte aufmerksam.

Landrat Dr. Sigel antwortet, dass diese Vorschläge aufgenommen werden. In einem nächsten Schritt gehe die Anhörung an die Kommunen und es solle dann auch mit der Bevölkerung rückgekoppelt werden.

Herr Knöllner vom VVS entgegnet, dass der 15-Minuten-Takt auf sechs Stunden pro Tag ausgelegt sei, was er für ein anständiges Angebot halte. Die S-Bahnen können über den Nahverkehrsplan nicht direkt beeinflusst werden, es könne lediglich ein Appell gerichtet werden. Zur 400.000 Einwohner-Schwelle müsse geprüft werden, was eine Senkung der Schwelle bedeuten würde. Er erwähnt die Schnittstelle zur Bahn, sodass bereits jetzt defekte Aufzüge gemeldet werden können. Er stellt fest, dass Kommunen durch den Nahverkehrsplan nicht zum Handeln gezwungen werden und der Umbau punktuell schwierig sei. Eine Möglichkeit sei, die Kommunen mit Fördermitteln zu locken.

Landrat Dr. Sigel merkt abschließend an, dass auch Herr Noller, Kreisbehindertenbeauftragter, bei der Erarbeitung des Nahverkehrsplans mitwirke. Er nehme gerne auch nach der Sitzung weitere Themen auf und würde nach einem Beschluss das Beteiligungsverfahren beginnen.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig bei 1 Enthaltung den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt dem Entwurf des Nahverkehrsplans zu und beauftragt die Landkreisverwaltung, das Anhörungsverfahren einzuleiten.

Auszüge:

1 Amt für ÖPNV

§ 9Einsatz von Verstärkerbussen in der SchülerbeförderungDrucksache 2020/210

Kreisrat Dannenmann ist bei diesem Tagesordnungspunkt befangen und zieht sich von der Beratung und Beschlussfassung in den Zuhörerraum zurück.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Kreisrätin Schmidt fragt nach, ob es sich um die Schulfahrt-Busse handle und wie es mit dem Schülerverkehr aussehe, der in den Linienverkehr übergegangen sei. Sie will wissen, ob es Zahlen dazu gebe, wie die Busse morgens und abends benutzt werden und welche Maßnahmen vorgesehen seien um Entlastung zu schaffen.

Landrat Dr. Sigel erläutert, dass nicht differenziert werde, da man den Schülerverkehr weitestgehend in den Linienverkehr integriert habe. Man habe daher auch die Linienverkehre verstärkt.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt der Inanspruchnahme des COVID-19-Landesförderprogramms „Verstärkerfahrten im Schülerverkehr“ sowie der Mitfinanzierung der nicht durch das Landesförderprogramm gedeckten Kosten durch den Rems-Murr-Kreis für zeitlich begrenzte Verstärkerfahrten für den Fall einer Verlängerung des Landesförderprogramms über den 31. Dezember 2020 hinaus bis längstens 31. März 2021 zu.
2. Für den Fall, dass das Landesförderprogramm nicht über den 31. Dezember 2020 hinaus verlängert wird, ermächtigt der Umwelt- und Verkehrsausschuss Herr Landrat Dr. Sigel für den Zeitraum vom 01. Januar – 31. März 2021 Verstärkerfahrten zu denselben Konditionen wie denjenigen des Landesförderprogramms zu beauftragen.

Auszüge:

1 Amt für ÖPNV

§ 10Erteilung einer Weisung an den Vertreter des Rems-Murr-Kreises für die Gesellschafterversammlung der Energieagentur Rems-Murr gGmbHDrucksache 2020/182

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Herr Menzel, Leiter Energieagentur, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Kölz bemerkt, dass man über dieses Thema schon in der letzten Sitzung gesprochen habe. Die Bilanz sehe ja sehr gut aus, allerdings nur auf dem Papier. Er fragt nach wie werthaltig die Forderungen aus der Bilanz seien. Man könne der Stadt Waiblingen die Personalkosten nicht erstatten, daher seien auch Verbindlichkeiten darin ausgewiesen. Außerdem wolle er wissen, wie hoch derzeit die liquiden Mittel seien. Er bittet darum, die Bilanz 2020 im ersten Halbjahr 2021 zu verabschieden.

Herr Menzel antwortet, dass nur noch 50.000 Euro Forderungen offen seien, der Rest sei auf dem Konto der Energieagentur eingegangen. Aktuelle Gelder die auf dem Konto seien, belaufen sich auf 50.000 Euro. Er habe mit der Steuerberaterin beschlossen, dass man den Jahresabschluss im Jahr 2022 wesentlich forciert vorantreibe, damit die Daten entsprechen früh vorliegen und man es früher in die Gremien einbringen könne.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss erteilt die nachstehenden Weisungen an den Vertreter des Rems-Murr-Kreises in der Gesellschafterversammlung der Energieagentur Rems-Murr gGmbH.

Auszüge:

1 Amt für Umweltschutz

1 Energieagentur

§ 11Sachstandsbericht LEADER - Regionalentwicklung Schwäbischer WaldDrucksache 2020/190

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksache. Bei LEADER handele es sich um ein sehr attraktives Förderprogramm, das im Schwäbischen Wald umgesetzt wird. Da die aktuelle Förderperiode endet und man sich erneut landkreisübergreifend um eine neue LEADER-Kulisse bewerben wolle, sei es der Landkreisverwaltung wichtig, einen konkreten Auftrag von Seiten des Gremiums mitzunehmen, um die umfangreiche Bewerbung vorzubereiten. Auch vor dem Hintergrund, dass man bei zeitlich begrenzten Förderprogrammen immer ein Risiko habe, Personal dauerhaft halten zu können. Entsprechend müssen bei diesem Auftrag personelle Ressourcen der Landkreisverwaltung mitgedacht werden. Insbesondere aus der Erfahrung der aktuellen Kulisse heraus, bei der viel Energie dahingehend geflossen sei, bei personellen Wechseln in der LEADER-Geschäftsstelle die Kontinuität von Seiten der Landkreisverwaltung sicherzustellen. Daher müsse das Modell der Anstellung des LEADER-Personals im Rahmen des Bewerbungsverfahrens nochmals durchdacht werden. Dennoch biete LEADER einen großen Mehrwert, weswegen man sich für eine Neubewerbung ausspreche.

Frau Berghoff, Europabeauftragte des Rems-Murr-Kreises, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass es der Landkreisverwaltung im Jahr der EU-Ratspräsidentschaft auch wichtig sei, zu zeigen, dass Europa vor Ort ankomme, hierfür sei das Förderprogramm LEADER ein gutes Beispiel. Man habe mit LEADER-Mitteln bereits vielfältige Projekte auf den Weg bringen können und auch Ideen für neue Projekte, die zum Beispiel den nachhaltigen Tourismus, die regionale Entwicklung oder die Verzahnung mit dem Naturpark fördern könnten. Trotz mehrerer personeller Wechsel in der LEADER-Geschäftsstelle, bei denen Ressourcen der Landkreisverwaltung investiert werden mussten, sei man vom Mehrwert von LEADER überzeugt.

Kreisrätin Dr. Fleischer erkundigt sich, ob es bei erfolgreicher Bewerbung um eine neue LEADER-Kulisse Schwäbischer Wald ab 2023 einen neuen Zuschnitt der Kulisse geben werde. Frau Berghoff

erläutert, dass die bisherige Einwohnergrenze einer LEADER-Kulisse von 120.000 Einwohnern voraussichtlich auf bis zu 150.000 Einwohner angehoben werde. Entsprechend könnten gegebenenfalls weitere Kommunen zur aktuellen Kulisse dazukommen. Bislang liegen die finalen Bedingungen und Details für die Bewerbung um neue LEADER-Kulissen von Seiten der EU und des Landes Baden-Württemberg allerdings noch nicht vor. Die vier Landkreise der aktuellen LEADER-Kulisse Schwäbischer Wald prüfen momentan in Abstimmung mit den Kommunen den Zuschnitt der Kulisse, gegebenenfalls könne sich dieser im Rahmen des Bewerbungsverfahrens noch ändern.

Kreisrätin Dr. Fleischer erkundigt sich, ob der Beschluss für die nächsten beiden Jahre oder für die neue Förderperiode gelte. Landrat Dr. Sigel erläutert, dass es der Kreisverwaltung wichtig sei, den Umwelt- und Verkehrsausschuss von Anfang an im Prozess mitzunehmen, da die Bewerbung an sich und auch eine neue LEADER-Kulisse Kapazitäten bei der Kreisverwaltung binden würde. Man werde das Gremium weiterhin auf dem Laufenden halten.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beauftragt die Landkreisverwaltung, sich erneut um eine LEADER-Kulisse im Schwäbischen Wald zu bewerben.

Auszüge:

§ 12Sachstandsbericht BreitbandausbauDrucksache 2020/163

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Herr Murer, Fachbereich Breitband und GIS, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Ohne weitere Beratung beschließt der Umwelt- und Verkehrsausschuss einstimmig:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht des Zweckverbands Breitbandausbau Rems-Murr zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Amt für Vermessung und Flurneuordnung

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Maiju Wilhelm